

30. Jan. 1933 - Reichspräsident Paul von Hindenburg ernennt Adolf Hitler zum Reichskanzler. Es folgen zahlreiche Ausnahmegesetze, die es der NSDAP ermöglichen, die Staatsmacht an sich zu reißen und politische Gegner auszuschalten und zu vernichten.

7. Febr. 1933 - Illegale KPD-Konferenz in Ziegenhals bei Berlin. Ernst Thälmann spricht das letzte Mal vor KPD-Funktionären.

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

02. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

29. Januar 2013

## Gebrauchswert der LINKEN herausarbeiten

Nein, am Engagement der Genossinnen und Genossen in Niedersachsen hat es nicht gelegen. Es sei allen nochmals herzlich gedankt, die in den vergangenen Wochen und Monaten bei Wind und Wetter Wahlkampf gemacht haben. Im Endspurt waren über 200 Genossinnen und Genossen aus nahezu allen Landesverbänden in Niedersachsen im Einsatz. Dieser Wahlkampf war wieder ein gutes Beispiel innerparteilicher Solidarität, die auch und gerade jetzt - nach der Wahl - umso wichtiger ist.

Ganz Schlaue wissen meist schon am Wahlabend 18 Uhr, woran es gelegen hat. Das verblüfft mich immer wieder. Wir müssen uns jetzt gemeinsam Zeit nehmen, das Ergebnis gründlich zu analysieren, und danach Schlussfolgerungen ziehen. Wir haben 36.000 Wählerinnen und Wähler an das Nichtwählerlager verloren. Fast genauso viele haben sich diesmal für Grüne oder SPD entschieden. Das heißt, für viele, die uns letztes Mal noch gewählt haben, gab es keine bessere politische Alternative, als die der Wahlabstinenz. Wir sollten darüber diskutieren, wie wir wieder glaubhaft und mobilisierend vermitteln können, dass es sich schlichtweg lohnt, auch weiterhin DIE LINKE zu wählen. Und gleichzeitig ist es notwendig, im Auge zu haben, dass viele den „Wechsel“ diesmal eben nicht mit uns, sondern mit Rot-Grün verbunden haben. Beide Fragen bewegen uns auch mit Blick auf die Bundestagswahl.

Natürlich ergehen sich SPD und Grüne jetzt in Selbstzufriedenheit. Der Regierungswechsel im September, versuchen sie glauben zu machen, sei nun in greifbarer Nähe. Ihre Strategie: DIE LINKE nach Niedersachsen weiterhin ignorieren und möglichst in Richtung 5-Prozent-Hürde drücken. Die Rechnung wird im Bund

aber nicht so einfach aufgehen. Wir sind seit Wochen stabil bei 7 bis 8 Prozent und Rot-Grün ist zu schwach, um eine eigene Mehrheit bilden zu können. Nach Lage der Dinge - das kann man gar nicht oft genug sagen - haben SPD und Grüne allein gar keine Chance, Merkel im September abzulösen.

Ob Rot-Grün es ernst meint mit einer anderen, sozial gerechten Politik, werden wir schon bald sehen können. Im Bundesrat gibt es nun eine absolute Mehrheit von 69 Stimmen jenseits von CDU und FDP. Mit dieser sogenannten Gestaltungsmehrheit können Bundesratsinitiativen durchgesetzt werden, mit denen sich dann der Bundestag beschäftigen muss. Was Gabriel bewusst verschweigt ist, dass SPD und Grüne auf die Stimmen unserer Brandenburger LINKEN angewiesen sind. Und diese erwarten zu Recht, dass sie in ernsthafte Gespräche und Vorhaben einbezogen werden. Es gibt keinen Automatismus im Bundesrat, die Vorschläge durchzuwinken. Es werden entweder ausdrücklich gemeinsame Projekte - z.B. die Abschaffung des Betreuungsgeldes, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes - oder es werden keine. Bislang hat sich Gabriel nicht bemüht, DIE LINKE in diese Pläne einzubeziehen. Das muss sich ändern.

Das Ergebnis der Niedersachsen-Wahl war schmerzhaft - keine Frage. Wir hatten alle die Hoffnung, mehr Zuspruch zu erhalten. Nun müssen wir analysieren, Rückschlüsse ziehen und vor allem nach vorne blicken. Die gesellschaftlichen Probleme und die Sorgen und Wünsche unserer (aktuellen wie potentiellen) Wählerinnen und Wähler sind zu groß und zu wichtig, um nun den Kopf in den Sand zu stecken.

weiter auf Seite -2-

## Gebrauchswert...

Fortsetzung von Seite -1-

Unsere Kernkompetenz, der Kampf um mehr soziale Gerechtigkeit, ist nach wie vor bei vielen Bürgerinnen und Bürgern unbestritten. Ein erkennbares Profil, nachvollziehbar dekliniert, am Lebensalltag der Menschen ansetzend ist und bleibt notwendig. Den Gebrauchswert der LINKEN herauszuarbeiten - darum muss es gehen.

Es sind jetzt genau noch 8 Monate bis zur Bundestagswahl. Der Verlauf der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres war mit Sicherheit ein wichtiger Schritt nach vorn für unsere Partei - aber eben nur ein erster Schritt. Lasst uns diesen Weg des gemeinsamen Aufbruchs weitergehen.



### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtverband  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g  
Auflage: 600 Exemplare

#### Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
24.01.2013  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 07.02.2013



Der Kälte und dem eisigen Wind trotzten einige Unentwegte an unserem Stand am Morgen des 21. Januar, in der Nähe der Arbeitsagentur in Halle Neustadt. Der Vorstand hatte zum Alternativen Neujahrsempfang geladen. Angeboten wurden Sekt, heiße Getränke und dazu warme Würstchen.

Diese Art des Jahresauftaktes wurde genutzt, um mit den Bürgerinnen und Bürgern direkt ins Gespräch zu kommen.

Als Partei der sozialen Gerechtigkeit standen solche Themen wie die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes, die Rücknahme der Rente ab 67 Jahren oder mögliche Alternativen des gegenwärtigen Krisenmanagements der Bundesregierung im Vordergrund zwangloser Gespräche.

Hajo



Der Stadtverband dankt allen Genossinnen und Genossen, die bei der Vorbereitung und erfolgreichen Durchführung unseres ersten Alternativen Neujahrsempfanges engagiert waren. Die sehr gute Resonanz hat uns bestärkt, den Alternativen Neujahrsempfang zu einer guten Tradition werden zu lassen.

Mit großer Bewegtheit haben wir vom Ableben unseres  
langjährigen

**Genossen Alfred Schille**

erfahren.

Er ist im Alter von 98 Jahren verstorben.

Alfred Schille war über 60 Jahre Mitglied unserer Partei und war bis ins hohe Alter äußerst aktiv. Wir werden ihn in guter

Erinnerung behalten.

Die BO Neustadt-Nord

## Abrakadabra Kamera ? Klappe, die Zweite!

Die Debatte über den Sinn und Unsinn der Videoüberwachung geht in die zweite Runde und hat nun auch Halle an der Saale erreicht<sup>1</sup>. Hans-Peter Friedrich (CSU) möchte wieder einmal die Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen ausweiten. Der versuchte Bombenanschlag<sup>2</sup> am Bonner Hauptbahnhof war diesmal der Auslöser für die übliche Polemik<sup>3</sup>. Mit ihrer Anfrage<sup>4</sup> zur Wirkung der Videoüberwachung auf dem Marktplatz sorgte die Stadtratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine lebhaftige Diskussion<sup>5</sup> in Halle (Saale).

Allerdings war die Antwort der Verwaltung nicht so informativ, wie die Debatte selbst. Dürftig, insbesondere die Antwort zu den Fragen 2 und 3, weil nach Angaben der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Süd hierüber kein Zahlenmaterial erhoben wurde. Oliver Paulsen wollte wissen: Welche Straftaten und Ordnungswidrigkeiten konnten im Aufzeichnungsbereich der Markt-Kameras in den vergangenen fünf Jahren noch rechtzeitig verhindert werden? bzw. Welche nicht?. Auf alle Fälle müsste die Polizei regelmäßig vor Ort sein, um die Straftaten rechtzeitig zu verhindern, da die Videokameras nicht aktiv in das Geschehen eingreifen können und die Täter blitzschnell zuschlagen. Insofern kann über die eigentliche Antwort nur spekuliert werden. Fraglich ist außerdem der Erfolg der Videokameras auf dem Marktplatz<sup>6</sup>, denn die Zahlen<sup>7</sup> sprechen nicht unbedingt für die Videoüberwachung.<sup>8</sup>

Inwieweit sich die Kriminalität auf die Seitenstraßen bzw. auf die nicht überwachten Straßen verlagert hat, geht aus der Antwort nicht hervor. Halle (Saale) müsste im Extremfall komplett videoüberwacht werden, um Verlagerungseffekte zu vermeiden. Auch in Zeiten von Facebook, Twitter und Co. ist der Einsatz von Videokameras ein Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Bedauerlicherweise werden die Gefahren der Videoüberwachung unterschätzt. Mithilfe der neuen Überwachungstechnik können Bewegungsprofile oder Verhaltensmuster erstellt werden. Bürgerinnen und Bürger verhalten sich durch den zunehmenden Überwachungsdruck systemkonform, was zur Einschränkung der freien Entfaltung der Persönlichkeit führt (Artikel 2 Absatz 1

Grundgesetz).

Kameras sollen in Zukunft von selbst Gefahren erkennen und Alarm schlagen<sup>9</sup>. Das Bundesforschungsministerium fördert u.a. Projekte wie z.B. ADIS<sup>10</sup>, APFEL und CAMINSENS<sup>11</sup>. Alles natürlich im Namen der Sicherheit und die Gefahren werden wie immer totgeschwiegen bzw. ausgeblendet. Selbst in Großbritannien ist die Videoüberwachung umstritten<sup>12</sup> und die Erfolge mehr als fraglich<sup>13</sup>. Außerdem wird der Bevölkerung ein trügerisches Gefühl der Sicherheit vermittelt, was zu einem Rückgang der Zivilcourage führen kann, weil sich die Menschen verstärkt auf die moderne Technik und damit verbundene professionelle Hilfe verlassen. Denkbar ist ein weiterer Stellenabbau bei der Polizei und den Fachkräften für Schutz und Sicherheit in der Privatwirtschaft, da Staat und Unternehmen allzu oft Geld einsparen wollen und deswegen auf die neue Technik setzen.

Im Jahr 2005 hat die Videoüberwachung für die schleichende Degradierung von Menschen zu überwachten Objekten und der Verharmlosung der Folgen von flächendeckender Überwachung in der Kategorie Technik den Big Brother Award erhalten.<sup>14</sup> Zukünftig geraden auch die Arbeitnehmer in Deutschland immer mehr ins Visier der Videokameras<sup>15</sup>. Wo sich die Videokameras genau befinden, sollen die Beschäftigten nicht erfahren. Ein allgemeiner Hinweis im Unternehmen soll genügen, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Umstand der Beobachtung aufmerksam zu machen (vgl. § 6b Absatz 2 Bundesdatenschutzgesetz).<sup>16</sup> Verboten wird zwar die heimliche Videoüberwachung, die offene dagegen weiter vorangetrieben<sup>17</sup>.

Ich habe nichts zu verbergen oder wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten. Typische Sätze<sup>18</sup> die man zu hören bekommt, wenn einem die Kameras nicht genehm sind. Niemand wird auf die Idee kommen, seinen genauen Standort der Polizei stündlich mitzuteilen, weil man nichts zu verbergen hat. Warum auch?<sup>19</sup> Am 30.01.2013 wird im Stadtrat über den Antrag<sup>20</sup> (TOP 7.12) von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entschieden.

Zum Schluss ein Zitat von Helmut Bäumler: Die einzel-

ne Videokamera mag für sich gesehen sinnvoll und nützlich sein. Aber viele aneinander gereihete sinnvolle und nützliche Videokameras können gleichwohl freiheitsgefährdend sein.

Marcel Kieslich, Mitglied im Stadtvorstand der Partei DIE LINKE Halle (Saale)

1 Mitteldeutsche Zeitung vom 08. Januar 2013, Achtung Aufnahme!, S. 7

2 [www.wdr.de/themen/panorama/sp\\_bombebonn/bombe-bonn104.html](http://www.wdr.de/themen/panorama/sp_bombebonn/bombe-bonn104.html)

3 [www.dw.de/wieviele-kameras-k%C3%B6nnen-uns-sch%C3%BCtzen/a-16460751](http://www.dw.de/wieviele-kameras-k%C3%B6nnen-uns-sch%C3%BCtzen/a-16460751)

4 [http://buergerinfo.halle.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=9124](http://buergerinfo.halle.de/vo0050.asp?__kvonr=9124)

5 Mitteldeutsche Zeitung vom 08. Januar 2013, Einverstanden, aber ..., S. 7

6 [www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1353577211816](http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1353577211816)

7 [http://buergerinfo.halle.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=9124](http://buergerinfo.halle.de/vo0050.asp?__kvonr=9124)

8 [www.gruene-fraktion-halle.de/2012/11/28/antrag/antrag-zur-beendigung-der-videoueberwachung-des-marktplatzes/](http://www.gruene-fraktion-halle.de/2012/11/28/antrag/antrag-zur-beendigung-der-videoueberwachung-des-marktplatzes/)

9 [www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/](http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/)

[videoueberwachung-wenn-kameras-gefahren-erkennen-12007286.html](http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/videoueberwachung-wenn-kameras-gefahren-erkennen-12007286.html)

10 [www.ipk.fraunhofer.com/images/stories/geschaeftsfelder/aut/sicherheitstechnik/themenblatt\\_adis\\_web.pdf](http://www.ipk.fraunhofer.com/images/stories/geschaeftsfelder/aut/sicherheitstechnik/themenblatt_adis_web.pdf)

11 [www.bmbf.de/de/14395.php](http://www.bmbf.de/de/14395.php)

12 [www.dw.de/video%C3%BCberwachung-ingro%C3%9Fbritannien-bleibt-umstritten/a-16466330](http://www.dw.de/video%C3%BCberwachung-ingro%C3%9Fbritannien-bleibt-umstritten/a-16466330)

13 [www.sueddeutsche.de/digital/ueberwachungs-kameras-in-grossbritannien-die-toten-auge-von-london-1.199517](http://www.sueddeutsche.de/digital/ueberwachungs-kameras-in-grossbritannien-die-toten-auge-von-london-1.199517)

14 [www.bigbrotherawards.de/2005/.tec](http://www.bigbrotherawards.de/2005/.tec)

15 Süddeutsche Zeitung vom 14. Januar 2013, Toiletten bleiben kamerafrei, S. 17

16 [www.welt.de/politik/deutschland/article112777151/Oberster-Datenschuetzer-kritisiert-Videoueberwachung.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article112777151/Oberster-Datenschuetzer-kritisiert-Videoueberwachung.html)

17 Süddeutsche Zeitung vom 14. Januar 2013, Be-lauscht, gefilmt und gut gerastert, S. 4

18 [www.daten-speicherung.de/index.php/ueberwachung-fragen-und-antworten/](http://www.daten-speicherung.de/index.php/ueberwachung-fragen-und-antworten/)

19 Mitteldeutsche Zeitung vom 08. Januar 2013, Sicherer oder nicht?, S. 4

20 [http://buergerinfo.halle.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=9301&voselect=13349](http://buergerinfo.halle.de/vo0050.asp?__kvonr=9301&voselect=13349)

## **Das hallesche Bündnis gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage lädt ein.**

**31. Januar 2013, 19 Uhr, Stadthaus Halle (Saale)**

**Begrüßung durch den Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand**

**WENN IHR NICHT NEIN! SAGT** szenische Lesung

Mitwirkende: **Ronald Gruner, Hagen Möckel, Willi Preuk, Christina Seidel, Peter Sodann, Dr. Kurt Wunsch**

**Halle so wie es war | Teil III Ein Dokumentarfilm zur Stadtgeschichte 1930 -1950 von Michael Stabenow**

Laßt uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Laßt uns die Warnungen erneuern und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die bisherigen nur armselige Versuche sind und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.

Bertolt Brecht

## Deutschland erwachte



Wahlplakat 1933

Am 30. Januar 1933

wurde dem Gefreiten die Macht  
über Deutschland in die Hände gelegt.

Er hat sie genutzt.

Das tausendjährige Reich  
ward Asche nach 12 Jahren.

## Wir laden ein



zum Gedenken an einen Tag vor 80 Jahren, der  
Deutschland und die Welt veränderte.

Am 31. Januar 2013  
um 19.00 Uhr im Stadthaus.

Begrüßung durch den  
Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand

### WENN IHR NICHT NEIN! SAGT

– szenische Lesung

Mitwirkende:

Ronald Gruner, Hagen Möckel, Willi Preuk, Christina Seidel,  
Peter Sodann, Dr. Kurt Wünsch

20.15 bis 21.15 Uhr

**Halle - so wie es war** | Teil III

Ein Dokumentarfilm zur Stadtgeschichte 1930-1950  
von Michael Stabenow

Der Eintritt ist frei

Laßt uns das tausendmal gesagte immer wieder sagen, damit es nicht  
einmal zu wenig gesagt wurde! Laßt uns die Warnungen erneuern,  
und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der  
Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie  
armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden  
Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht  
die Hände zerschlagen werden.

Bertolt Brecht

## Überstürzte Auslagerung der IT-Landschaft könnte der Beginn neuer Probleme sein

Zum vom Kabinett beschlossenen Entwurf des Staatsvertrages zum Eintritt Sachsen-Anhalts in den IT-Verbund Dataport bemerkt der finanzpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Swen Knöchel: Rückwirkend zum 1. Januar 2013 will das Land den noch funktionierenden Teil seiner IT-Landschaft, das Landesrechenzentrum, an den Länderverbund übergeben. Die Erneuerung des Landesdatennetzes verbleibt beim Land mitsamt allen ungelösten Problemen der Vergangenheit. Die vorgelegte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zum IT-Verbund liest sich wie ein Katalog aller Versäumnisse der Landesregierung. Nur weil diese es in der Vergangenheit unterlassen hat, eine IT-Strategie zu erarbeiten und wirt-

schaftliches Handeln regelmäßig im Ressortegoismus ersticken musste, ist nun die Auslagerung an einen Dritten wirtschaftlicher. Amüsant dabei ist, dass der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung das IT-Chaos der Landesregierung zu Grunde gelegt und fortgeschrieben wurde. Das Zutrauen in sich selbst erschien der Landesregierung als unwirtschaftlichste Lösung. Unwirtschaftlich war die Inhouse-Lösung zudem, weil die Instandsetzung der derzeitigen Ruinenliegenschaft des Landesrechenzentrums in Halle wegen der jahrelangen Vernachlässigung zu teuer wäre. Vor diesem Hintergrund ist der behauptete Standort von Dataport in Halle allerdings fraglich. Unwirtschaftlich ist die Fortsetzung des Landes-

rechenzentrums zudem, weil entsprechendes Fachpersonal fehlt und schwer zu rekrutieren sei. Auch hierbei handelt es sich um ein hausgemachtes Problem, eine Landesregierung die jeden Tag über Personalabbau spricht, darf sich nicht wundern, wenn ihr die Fachleute nicht die Tür einrennen. DIE LINKE erkennt sehr wohl die hausgemachten Probleme der IT-Landschaft des Landes. Die überstürzte Auslagerung, wie sie seit einigen Monaten betrieben wird, sehen wir aber kritisch. Sie könnte der Beginn neuer Probleme sein, unter anderem für Personal und Fachwendungen des Landes, die heute noch ohne Landesregierung funktionierende Grundlage der Landesverwaltung darstellen.

## SOG-Novelle der CDU-SPD-Landesregierung beinhaltet Einschränkungen der Grundrechte ohne Sicherheitsgewinn

Zur SOG-Novelle erklären der Fraktionsvorsitzende Wulf Gallert und die Innenpolitische Sprecherin Henriette Quade:

Die Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt lehnt die geplante Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Die vorgeschlagenen Änderungen lassen eindeutig das Prinzip erkennen, Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger möglichst weitgehend einzuschränken. Unabhängig davon, dass der angebliche Gewinn an Sicherheit aus unserer Perspektive nicht eintreten wird, ist ein solches Herangehen unvereinbar mit der Vorstellung von einer Gesellschaft, die auf starke Bürgerrechte aufbaut. Im Konkreten lehnen wir folgende inhaltliche Bestimmungen ab: -Ermöglichung großräumiger Alkoholverbote für die Kommunen im öffentlichen Raum- bereits geltende Bestimmungen zur Raster-

fahndung. Bei folgenden Punkten wird die Einschränkung von BürgerInnenrechten so massiv vorangetrieben, dass sie aus unserer Perspektive mit den Grundsätzen der Landesverfassung nicht vereinbar sind- Paragraph 16, Absatz 3 (neu): Anfertigung von Videoaufzeichnungen zur Eigensicherung bei Personen und Fahrzeugkontrollen Paragraph 17a, 17b: Erhebung von Telekommunikationsinhalten und -umständen in Informationstechnischen Systemen-Paragraph 33: Unterbrechung und Verhinderung von Kommunikationsstrategien (Blockade von Handys und Mobilcomputern)- Paragraph 41, Absatz (neu): Zwangstest bei der Untersuchung von Personen. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE im November 2012 beschlossen, dass in dem Fall, dass die CDU-SPD-Koalition die entsprechenden Bestimmungen beschließt, dagegen eine Normkontrollklage vor dem

Landesverfassungsgericht einzureichen.

Eine solche Normkontrollklage verlangt die Unterstützung von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Landtages (27).

Da die Fraktion DIE GRÜNEN im Landtag von Sachsen-Anhalt in der Frage der Verfassungswidrigkeit ebenfalls diese entsprechende Position vertritt, hat die Fraktion DIE LINKE sich entschieden, im Falle einer Klage vor dem Landesverfassungsgericht, diese gemeinsam mit der GRÜNEN-Fraktion einzureichen.

Statt ohne Zögern Grundrechte massiv einzuschränken, sieht DIE LINKE ganz andere Erfordernisse: Eine polizeiliche Kennzeichnungspflicht in geschlossenen Einsätzen ist längst überfällig und Gebot rechtsstaatlicher Transparenz. DIE LINKE wird dieser Forderung in den Gesetzgebungsprozess weiterhin einbringen.

# Pfingsten am Werbellinsee Auch 2013 wieder mit uns

2013



**DIE LINKE.**

## Das Wochenende für alte und neue Mitglieder, Allwissende und Neugierige, für Klein- und Großfamilien...

Aktuelle Infos  
zum Programm  
ab März 2013 unter  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

**21. Pfingsten mit DIE LINKE. vom 17. Mai bis 20. Mai 2013 in der Europäischen  
Jugenderholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee in Altenhof**

- jeden Abend Tanz in der Sporthalle bis in die Morgenstunden
- Samstag und Sonntag großes Kinderprogramm am Strand mit Neptunfest
- Fußball und Volleyballwettkämpfe am Samstag
- politische Talkrunden im Zelt am Strand zu aktuellen Themen, gemischt mit Musik und Tanz
- Europatag mit Europa-Abgeordneten und internationalen Gästen
- natürlich wieder im Angebot: Dampfer-Abendfahrt mit Musikprogramm, Skatturnier, Kulturbühne ...
- ND-live

**Versorgung:** - Halbpension  
- für »Zwischendurch« stehen mehrere Grill- und Getränkestände für die Gäste bereit

**Bitte meldet Euch bei den jeweiligen Landesvorständen verbindlich an!  
Anmeldungen aus Sachsen-Anhalt und den West-Landesverbänden bitte an den  
Landesvorstand Thüringen oder unter [pfingsten-mit-der-linken@die-linke.de](mailto:pfingsten-mit-der-linken@die-linke.de)**

**DIE LINKE.  
Landesvorstand Berlin**  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Telefon: 030 24009-289  
Telefax: 030 24009-260  
[andreas.faehermann@die-linke-berlin.de](mailto:andreas.faehermann@die-linke-berlin.de)  
[www.die-linke-berlin.de](http://www.die-linke-berlin.de)

**DIE LINKE.  
Landesvorstand Brandenburg**  
Alleestraße 3  
14469 Potsdam  
Telefon: 0331 20009-0  
Telefax: 0331 20009-10  
[lothar.hoffmann@dielinke-brandenburg.de](mailto:lothar.hoffmann@dielinke-brandenburg.de)  
[www.dielinke-brandenburg.de](http://www.dielinke-brandenburg.de)

**DIE LINKE.  
Landesvorstand MV**  
Martinstraße 1/1a  
19053 Schwerin  
Telefon: 0385 76038-14  
Telefax: 0385 76038-19  
[info@die-linke-schwerin.de](mailto:info@die-linke-schwerin.de)  
[www.die-linke-mv.de](http://www.die-linke-mv.de)

**DIE LINKE.  
Landesvorstand Sachsen**  
Großenhainer Straße 101  
01127 Dresden  
Telefon: 0351 85327-22  
Telefax: 0351 85327-20  
[kontakt@dielinke-sachsen.de](mailto:kontakt@dielinke-sachsen.de)  
[www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)

Umseitige  
Anmeldekarte  
ausfüllen und  
an uns faxen  
oder senden.

**DIE LINKE.  
Landesvorstand Thüringen**  
Eugen-Richter-Straße 44  
99085 Erfurt  
Telefon: 0361 60111-30  
Telefax: 0361 60111-41  
[gtripper@die-linke-thueringen.de](mailto:gtripper@die-linke-thueringen.de)  
[rainer.juhrs@die-linke-hbn.de](mailto:rainer.juhrs@die-linke-hbn.de)  
[www.die-linke-thueringen.de](http://www.die-linke-thueringen.de)

## 21. Pfingsten mit DIE LINKE. vom 17. Mai bis 20. Mai 2013

Anmeldung für die Europäische Jugenderholungs- und  
Begegnungsstätte Werbellinsee, 16244 Altenhof

Anreise: 17. Mai ab 15.00 Uhr

Abreise: 20. Mai bis 11.00 Uhr

Personenzahl gesamt	Kinder bis 3 Jahre	Kinder 4-10 Jahre	Erwachsene
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

**Unsere Leistungen pro Person (inkl. 3x Halbpension)**

3x Übernachtung im neuen Seminarhotel (1- und 2-Bett-Zimmer, gehobener Standard)	160,00 €	<input type="checkbox"/>
3x Übernachtung in den Gästehäusern 7-12 (1- bis 3-Bett-Zimmer mit DU/WC)	140,00 €	<input type="checkbox"/>
3x Übernachtung in den Bettenhäusern 0-6	90,00 €	<input type="checkbox"/>
3x Übernachtung im renov. Bungalow	80,00 €	<input type="checkbox"/>
3x Übernachtung im Zelt	60,00 €	<input type="checkbox"/>

Kinder bis zum vollendeten 3. Lebensjahr frei.  
Kinder bis zum vollendeten 10. Lebensjahr 50% Ermäßigung.

Stornofreie Abmeldung bis 30. April 2013. Danach fallen Stornogebühren in Höhe von 50% des Teilnehmerbetrages an.

Name	<input type="text"/>
Vorname	<input type="text"/>
PLZ/Ort	<input type="text"/>
Straße/Hausnummer	<input type="text"/>
Telefon	<input type="text"/>
E-Mail	<input type="text"/>
Unterschrift	<input type="text"/>

Vortrag mit Diskussion

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.

**am 14.02.2013 Beginn 18 Uhr**

## **Bürgerrechte und Demokratie**

Jan Korte, einer der Jungen in der Bundestagsfraktion DIE LINKE, ist Experte für Innenpolitik. Entsprechend sind seine Überlegungen ausgerichtet: er nimmt die »massiven Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten um den G8-Gipfel« zum Anlass, »Entwicklungen in der bundesdeutschen und europäischen Innen- und Sicherheitspolitik« zu analysieren. Die Dialektik von Freiheit und Gerechtigkeit müsse in der Linkspartei einen höheren Stellenwert bekommen. Eine solche Politik könne dazu beitragen, in gesellschaftliche und politische Kreise vorzudringen, die ihre Heimat bei den Grünen verloren haben. Gelänge dies, könne man »Motor« einer »neuen Bürgerrechtsbewegung für eine soziale und demokratische Gesellschaft« werden.

Weiterhin ist über die Auflösung des Verfassungsschutzes nachzudenken.

**MIT Jan Korte (MdB)**

**06122 Halle, Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6**

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT RLS REGIONALBÜRO Halle, Blumenstr. 16, 06108 Halle, TEL/Fax: 0345-2025594  
email: gs-halle@rosaluxsa.de

## **Kennzeichnung jetzt?! - Podiumsdiskussion,**

**08.02.13, 18:30 Uhr**

### **Goldene Rose, Rannische Straße 19**

Am 07. August 2012 wurden Menschen, die friedlich gegen die NPD-Deutschlandtour in Halle demonstrierten, von Polizeibeamten der zweiten Magdeburger Hundertschaft so schwer verletzt, dass einer der Betroffenen noch in derselben Nacht notoperiert werden musste und irreparable Schäden zurückbehält. Die Ermittlungen gegen den betreffenden Beamten sind durch die Ermangelung einer Identifikationsnummer erschwert. Halle stellt dabei keinen Einzelfall dar, wie u.a. aus dem "Täter unbekannt" Bericht von Amnesty International (2009) hervorgeht. Aktuell ist das Sicherheits- und Ordnungsgesetz (Polizeigesetz) in Sachsen-Anhalt in der Landtagsberatung. SPD, Linkspartei und Bündnis '90 die Grünen fordern die Einführung der Kennzeichnungspflicht für PolizeibeamtInnen in geschlossenen Einsätzen. Die Argumente liegen auf der Hand: Einerseits Schutz der DemonstrantInnen, andererseits keinen Pauschalverdacht gegen die Polizei, sondern Ermittlungsmöglichkeit der konkreten Täter in Uniform. Um mit VertreterInnen der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Amnesty International, dem Anwalt eines der Betroffenen und VertreterInnen der Landes- und Bundespolitik zu diskutieren, lädt das Bündnis Halle gegen Rechts ein.

Auf dem Podium werden teilnehmen: - Alexander Bosch, Amnesty International Kampagnenleiter „Täter Unbekannt“ - Uwe Petermann, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei - Henriette Quade, MdL die Linke LSA - Sven Adam, Rechtsanwalt des Betroffenen vom 07.08. in Halle

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion haben Sie die Möglichkeit, Fragen an die Gäste der Podiumsdiskussion zu stellen.



Aus dem Parteivorstand

## Die Parteibasis war hochmotiviert, die ganze Partei hat gekämpft.

Liebe Genossinnen und Genossen, die gestrige Parteivorstandssitzung stand unter dem Eindruck der Landtagswahl in Niedersachsen. Im Beisein der Landesvorsitzenden Giesela Brandes-Steggewentz und der Spitzenkandidatin Ursula Weisser-Roelle befasste sich der Parteivorstand mit dem für uns alle enttäuschenden Ergebnis.

Gedankt wurde allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern, Kandidatinnen und Kandidaten in Niedersachsen sowie den vielen, die nach Niedersachsen gekommen waren, um den Wahlkampf aktiv zu unterstützen. Die Parteibasis war hochmotiviert, die ganze Partei hat gekämpft. Das Ergebnis ist gleichwohl ernüchternd. Der Bundeswahlkampfleiter Matthias Höhn sagte eine gründliche Analyse und Schlussfolgerungen für den Bundestagswahlkampf zu. Alle Rednerinnen und Redner plädierten dafür, jetzt sehr geschlossen in die nächsten Monate zu gehen. Der nach dem Bundesparteitag in Göttingen eingeschlagene Weg eines gemeinsamen Neustarts muss weiter beharrlich beschritten werden.

Zur Beratung über die Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl hatten die Parteivorsitzenden auch die Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion eingeladen. Im großen Kreis stellten Katja Kipping und Bernd Riexinger zusammen mit Gregor Gysi ihren Vorschlag für ein achtköpfiges „Spitzenteam für den Politikwechsel“ vor, das im Zeichen von Geschlechtergerechtigkeit steht, einen Generationenmix darstellt, verschiedene Traditionslinien widerspiegelt und unsere Schwerpunktthemen repräsentiert. Diesem Team sollen Gregor Gysi, Sahra Wagenknecht, Jan van Aken, Dietmar Bartsch, Klaus Ernst, Nicole Gohlke, Diana Golze und Caren Lay angehören. Nach ausführlicher Diskussion stimmte der Parteivorstand diesem Vorschlag mit großer Mehrheit zu, ebenso die Landesvorsitzenden.

Bereits am Vortag fand der Parteivorstand in einer einstimmigen Erklärung scharfe Kritik an der Verurteilung des Genossen und Mitarbeiters der Bundesgeschäftsstelle Tim H. zu einer Haftstrafe ohne Bewährung für seine Beteiligung an den Anti-Nazi-Protesten in Dresden 2011.

Erneut befasste sich der Parteivorstand mit den geplanten Aktionen der Bündnisse UmFAIRteilen und

Blockupy. Die Unterschriftenkampagne, der dezentrale Aktionstag am 13. April und die für September geplante Großdemonstration sollen mit eigenständigen Materialien der Partei unterstützt werden.

Der Parteivorstand bekräftigte: Durch die Militärintervention in Mali wird das Töten nicht beendet. DIE LINKE widerspricht jeglicher Beteiligung Deutschlands an dem Militäreinsatz, für die es nicht einmal ein Bundestagsmandat gibt.

Der Bundeswahlkampfleiter informiert über den Stand der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes. Seit Ende Oktober 2012 arbeiten Wahlkampfstab und Bundeswahlbüro kontinuierlich u. a. an der Kommunikationsstrategie, an Analysen und Zielgruppenorientierung, an Logistik-Fragen (u.a. Großwerbeflächen und Kleinwerbemittel) und am Spendenkonzept. Der derzeitige Spendenstand ist mit über 110.000 Euro sehr erfreulich - herzlichen Dank dafür an alle Spenderinnen und Spender! Die Spendenkampagne wird weitergeführt, der aktuelle Stand auf [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) regelmäßig aktualisiert. Zwei wichtige Konzepte des Wahlkampfes wurden ausführlicher vorgestellt: Dass es bei der Mobilisierung auf die direkte Ansprache von Mitgliedern und Nichtmitgliedern ankommt, unterstrich Pascal Meiser. Mark Seibert stellte neue Werkzeuge für die Online-Kampagne der LINKEN vor, die teilweise bereits erfolgreich im niedersächsischen Landtagswahlkampf angewendet wurden.

Der Parteivorstand beschloss Kriterien für die finanzielle Unterstützung von Bürgermeister- und Landratswahlen auf Grund eines Vorschlages des Bundesfinanzrates. Danach soll es bei Stichwahlen eine maximale Unterstützung von 5.000 Euro geben, wenn der zuständige Gebietsverband sich daran beteiligt. Ferner wurde beschlossen, auch in diesem Jahr an zwei Orten medial wirksame Veranstaltungen am Aschermittwoch durchzuführen, in Passau und in Wallerfangen.

Zum zweiten Jahrestag der Katastrophe von Fukushima finden drei Demonstrationen in Grohnde, Gronau und Grundremmingen statt, zu denen der Parteivorstand aufruft.

Mit solidarischen Grüßen  
Matthias Höhn

## Schluss mit der Kriminalisierung der Anti-Nazi-Proteste in Dresden - Solidarität mit Tim

Beschluss des Parteivorstandes vom 20. und 21. Januar 2013

Am 19. Februar 2011 blockierten Tausende engagierte AntifaschistInnen zum zweiten Mal erfolgreich den größten Naziaufmarsch Europas in Dresden. DIE LINKE hat das Bündnis „Dresden-Nazifrei“ von Anfang an unterstützt. An dem bundesweiten Bündnis beteiligten sich zahlreiche Organisationen der sächsischen Zivilgesellschaft, Künstler, Gewerkschaften, die Jusos, die Partei Bündnis 90/Die Grünen. Zahlreiche Abgeordnete der SPD, Grünen und DIE LINKE, unter anderem Petra Pau, Claudia Roth und Wolfgang Thierse unterstützten das Bündnis. Dank dem Engagement von Tausenden Dresdnerinnen und Dresdnern und Antifaschisten aus der ganzen Bundesrepublik konnten die Neonazis ihren Aufmarsch zwei Jahre in Folge nicht durchführen und wurden dadurch erheblich politisch geschwächt.

Nun ereilte uns die Nachricht, dass unser Genosse Tim vom Amtsgericht Dresden wegen seiner Beteiligung an der Anti-Nazi-Blockade zu einer Haftstrafe von einem Jahr und 10 Monaten ohne Bewährung verurteilt wurde.

Das Urteil gegen Tim ist eine juristische Farce und eindeutig politisch motiviert. Die Vorwürfe gegen Tim sind nicht bewiesen, sondern basieren auf Vermutungen und Unterstellungen. Das Urteil reiht sich ein in eine lange Liste von Skandalen der Dresdner Justiz und Behörden rund um die Blockaden vom Februar 2010 und 2011: Das vollständige Demonstrationsverbot für Antifaschisten 2010 mit Beschlag-

nahmen von Dresden-Nazifrei-Plakaten durch das Gericht; das Strafverfahren gegen den sächsischen Fraktionsvorsitzenden der LINKEN André Hahn wegen Rädelsführerschaft auf den Blockaden, das schließlich 2012 eingestellt wurde; die noch laufenden Verfahren gegen die linken Landtagsfraktionsvorsitzenden von Hessen und Thüringen Willi van Ooyen, Bodo Ramelow und Janine Wissler sowie gegen die MdB Caren Lay und Michael Leutert und den Landtagsabgeordneten Falk Neubert wegen der Blockade 2011. Die illegale Funkzellenabfrage von 1,4 Millionen Handy-Daten in Dresden am 19. Februar 2011; die Stürmung und Zerstörung der Landesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE in Dresden durch die Polizei im selben Jahr gehören dazu, um nur eine Auswahl zu nennen.

Mit dem drakonischen Urteil gegen Tim sollen offenbar engagierte Bürgerinnen und Bürger eingeschüchtert und davon abgehalten werden, sich wieder an den bevorstehenden antifaschistischen Protesten am 13. Februar 2013 zu beteiligen. DIE LINKE wird jedoch dieses Jahr wieder zu den Anti-Nazi-Protesten in Dresden aufrufen.

DIE LINKE ist solidarisch mit Tim und allen anderen Antifaschisten, die durch ihren berechtigten Protest gegen Nazis in Dresden kriminalisiert werden. Auch in den Auseinandersetzungen mit höheren Instanzen werden wir weiterhin an der Seite unserer Genossinnen und Genossen stehen.

Statt Haft gebührt Tim und vielen anderen der Dank aller Demokratinnen und Demokraten, die Rassismus und Faschismus heute bekämpfen.

### Aus dem Stadtvorstand

(mb) In der Sitzung des Stadtvorstandes am 23.01.2013 verständigte sich der Stadtvorstand über eine große Anzahl von Themen, unter anderem über die Wahlniederlage in Niedersachsen und war sich dahingehend einig, dass eine fundierte Analyse notwendig ist, um Schlussfolgerungen für andere Wahlen ziehen zu können. Auch die anstehende Bundestagswahl war Thema im Vorstand. Einig waren sich die Vorstandsmitglieder, dass um jede Stimme und um das Direktmandat gekämpft werden wird, beginnend mit der

Mitgliederversammlung am 15.03.2013 zur Aufstellung der Wahlkreisbewerberin / des Wahlkreisbewerbers der Partei DIE LINKE für die Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag im Bundestagswahlkreis 72 Halle. Der Stadtvorstand schätzte ein, dass wir mit Petra Sitte, so sie zu unserer Direktkandidatin gewählt wird, eine Kandidatin im Wahlkampf hätten, die ein ausgesprochen positives Image im Wahlkreis und darüber hinaus hat. Unser Wahlkampf wird darauf gerichtet sein, sowohl Erst- als auch Zweitstimmen der Wähler-

rinnen und Wähler zu erhalten. Das zweite große Thema der Sitzung war die Umsetzung des Organisationsbeschlusses vom 6. Stadtparteitag. Swen hatte im Vorfeld den Mitgliedern des Stadtvorstandes einige Statistiken zukommen lassen. Marcel berichtete, dass sich Ants Kiel im Norden der Stadt um eine enge Zusammenarbeit mit den noch nicht im BO-Verband Nord befindlichen Basisorganisationen bemüht. Hier soll im Februar eine Zusammenkunft stattfinden, an der seitens des Stadtvorstandes Marcel teilnehmen wird. Swen betonte, dass der dringendste Handlungsbedarf bezüglich funktionierender Strukturen in der Altstadt Halle (Mitte) besteht. Hier soll es nun eine thematische Veranstaltung im April geben, die auch Genossinnen und Genossen einbinden kann, die bisher nicht in Strukturen zu finden sind. Die Gründe dafür sind vielfältig. Es gab auch schon Angebote von Genossinnen und Genossen, das Zusammenwachsen in Mitte zu unterstützen. Verantwortlich seitens des Stadtvorstandes werden für Mitte Marianne und René sein. Hubert wies auch auf die Erfahrungen in Halle-Neustadt hin und betonte, dass anhand der inhaltlichen Dinge, die jetzt im Bundestagswahlkampf kommen, dass Zusammenwachsen zu befördern ist. Rene berichtete, dass der Ortsverband Clara Zetkin bereits besprochen hat, wie der Beschluss umgesetzt werden kann, wie die Annäherung an die Silberhöhe funktionieren kann. Die BO Silberhöhe und der Ortsverband Clara Zetkin werden am 25.2.2013, 15 Uhr im Völkchen zusammenkommen und sich darüber verständigen, wo lie-

gen Gemeinsamkeiten, wie kann die Zusammenarbeit verbessert werden.

Soweit ein wirklich nur kleiner Ausschnitt aus der letzten Stadt-

vorstandssitzung. Die nächste Basisberatung wird am 6.02.2013, 18 Uhr in der Blumenstraße sein, anschließend ist Stadtvorstandssitzung.

## **(Um)Steuern für zukunftsfähige Kommunen**

### **Fachtagung am 2. März 2013**

Alle reden von kommunaler Selbstverwaltung, von der Kommune als Ort, wo Bürgerinnen und Bürger ihr Leben gestalten. Doch Selbstverwaltung braucht auch eine finanzielle Basis seit Jahrzehnten steht die Gemeindefinanzreform in Deutschland jedoch aus. Mit der Veranstaltungsreihe (Um)Steuern für zukunftsfähige Kommunen wollen wir uns diesem Thema nähern. Die Debatte ist erforderlich, weil in Diskussionen um eine adäquate Finanzausstattung der Kommunen auch der Länderfinanzausgleich einbezogen werden muss vor allem vor dem Hintergrund des Auslaufens des Solidarpakts 2019.

Länder und Kommunen tragen Finanzierungsverantwortung Kommunen haben nach den meisten Landesverfassungen einen Anspruch auf angemessene Finanzausstattung. Das Konexitätsprinzip gebietet, dass ihnen übertragene Aufgaben von Bund und Land finanziert werden. Ein erster Blick auf die Realität zeigt:

16 Länder = 16 Ergebnisse.

### **Programm**

10.00 Uhr Eröffnung durch Gerald Grünert (MdL)

10.10 Uhr Daniela Trochowski, Staatssekretärin im Ministerium für Finanzen Brandenburg: Kommunaler Finanzausgleich Brandenburg

10.40 Uhr Erkan Kocelar, ehrenamtlicher Bürgermeister Duisburg: Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen

Pause

11.25 Uhr Swen Knöchel (MdL): Kommunaler Finanzausgleich Sachsen-Anhalt

11.55 Uhr Katrin Kunert (MdB): Überlegungen zur Gemeindefinanzreform der Bundestagsfraktion DIE LINKE

12.30 Uhr Mittagspause

13.30 Uhr Diskussion, moderiert von Gerald Grünert, Vorsitzender kommunalpolitisches forum Sachsen-Anhalt e.V.

15.30 Uhr Schlusswort

Veranstaltungsort:

**Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH  
Mansfelder Straße 56 06108 Halle (Saale)**

Information und Anmeldung:

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V., Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale) Fax: 0345 2025594

E-Mail: [gs-halle@rosaluxsa.de](mailto:gs-halle@rosaluxsa.de)

Veranstalter: kommunalpolitisches forum Sachsen-Anhalt e.V.,  
[www.kf-isa.de](http://www.kf-isa.de)

RosaLuxemburgStiftung Sachsen-Anhalt, [www.st.rosalux.de](http://www.st.rosalux.de)

RosaLuxemburgStiftung Sachsen, [www.sachsen.rosalux.de](http://www.sachsen.rosalux.de)

Wahlkreisbüro Swen Knöchel, [www.swen-knoechel.de](http://www.swen-knoechel.de)